

Sehr geehrte Genossinnen und Genossen,

im Namen des OWUS-Thüringen e. V. und des OWUS-Dachverband e. V. sowie der LAG Linke UnternehmerInnen überbringe ich Euch zur 2. Tagung des 3. Landesparteitages die herzlichsten Grüße.

Wir tagen heute unweit der Grenze zum Freistaat Bayern. Darum will ich meinem Grußwort ein Zitat voranstellen, dass aus dem Artikel 151 der bayerischen Verfassung stammt:

„Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“

Mit dem Erfurter Programm hat die LINKE ein klares Bekenntnis zu den Klein- und mittelständischen Unternehmen abgegeben. Dieses Bekenntnis gilt es jetzt mit Leben zu erfüllen.

Das um so mehr, weil sich laut einer Bertelsmann-Studie 88% der Deutschen eine neue Wirtschaftsordnung wünschen.

Für uns als OWUS könnte diese neue Wirtschaftsordnung die maßgeblich von ATTAC-Österreich entwickelte Gemeinwohl-Ökonomie sein.

Ich möchte ganz kurz umreißen, was damit gemeint ist.

Im Grunde geht es darum, die Grundregeln des gegenwärtigen Kapitalismus, Gewinnstreben und Konkurrenz zu ersetzen durch Gemeinwohlstreben und Kooperation. Es geht darum wirtschaftlichen Erfolg neu zu messen – nicht mehr mit Werten wie Bruttoinlandsprodukt oder Finanzgewinn sondern mit dem Gemeinwohlprodukt und der Gemeinwohlbilanz.

Es geht darum, dass nicht länger unethisches Wirtschaften belohnt wird.

Es geht darum, dass KMU weiter frei in privater Hand bleiben, Konzerne jedoch wesentlich mehr kontrolliert werden.

Es geht um eine Reglementierung der Verwendung von Finanzgewinn, die reine Finanzinvestments verbietet, feindliche Übernahmen unmöglich macht, keine Gewinnausschüttungen an Nicht-ArbeitnehmerInnen erlaubt und auch Parteispenden von Unternehmen unterbindet.

Manche mögen nun einwenden, dass mit solchen heren Zielen kein Unternehmen hinter dem Ofen hervorzulocken sein dürfte. Ein Blick ins Internet belehrt da eines Besseren. Das aktuell größte Unternehmen, das sich zur Gemeinwohlökonomie-Bewegung bekennt hat ca. 1.800 MitarbeiterInnen und selbst eine Bank – die Sparda-Bank München – bekennt sich zu dem Ziel, dass wie ich schon sagte, die bayerische Landesverfassung vorgibt und hat ihre Gemeinwohl-Bilanz veröffentlicht. Das sind nur zwei Beispiele von über 700 Unternehmungen aus mehr als 10 Staaten.

Sehr geehrte Genossinnen und Genossen,

wenn mit dieser Tagung des Landesparteitages der Blick auf Europa gerichtet wird, so muss sicher auch festgestellt werden, dass sich in Fragen der Wirtschafts- und Steuerpolitik in der EU Veränderungen ergeben, auf die auch wir reagieren müssen. Das beginnt damit, dass es einen neuen Trend zu einer Reindustrialisierung gibt, dass man erkennt, dass die Dienstleistungen allein nicht mehr der Träger der Volkswirtschaft sein können. Daraus ergeben sich Auswirkungen für eine kleinteilige Wirtschaft, wie wir sie bei uns in Thüringen haben. Es rücken z. B. solche Dinge verstärkt in den Fokus, wie den Sozialtourismus auf- und auszubauen oder auch die dezentrale Erzeugung von erneuerbarer Energie voranzubringen.

Zugleich gehen die Schwerpunkte der Investitionsförderung in der EU stärker zum Bereich der Forschung und Entwicklung. Hier können sich gerade im Umfeld der Universitäten und Hochschulen innovative KMU entwickeln bzw. der Erfindungsreichtum und das Innovationspotential kleiner und mittlerer Betriebe auszahlen. Das setzt jedoch auch voraus, dass die immer knapper werdenden Haushaltsmittel gerade auch des Wirtschaftsministeriums nicht länger in immer neue fragwürdige Studien der Unternehmensberatung Roland Berger fließen, sondern besser den hiesigen Unternehmen zugute kommen. Hier ist unsere Landtagsfraktion gefordert in den Haushaltsdebatten darauf zu achten, dass nicht noch mehr Mittel für fragwürdige Studien verausgabt werden können.

Schließlich ist in der EU die Diskussion darüber zu führen, wie die Sozialversicherungssysteme aus der gegenwärtigen Arbeitnehmerzentrierung geführt werden können. Ein Ansatz, der in der Partei DIE LINKE immer wieder aufkeimt ist die Wertschöpfungsabgabe. Mir ist bewusst, dass diese nicht unumstritten ist. Dennoch gehe ich derzeit davon aus, dass die Wertschöpfungsabgabe Teil der Diskussion um die Veränderung der Finanzierung der Sozialsysteme sein muss. Etwas, was mich beim Blick zur EU zur Zeit immer wieder wundert, ist das Thema Finanztransaktionssteuer. Da hört man aus Brüssel aktuell immer wieder, dass das Thema nun endlich diskutiert werde. Gleichzeitig liegt mir seit mindestens November 2011 ein Entwurf der EU-Kommission für eine Finanztransaktionssteuer vor. Da stellt man sich die Frage, ob in Brüssel die rechte Hand nicht weiß, was die linke Hand tut, oder ob man einfach den Bürger veralbern und hinters Licht führen will. Derweil werden an den Börsen weiter Geschäfte gemacht, die für die Ökonomie, die für die BRD letztlich schädlich sind. Es wäre kein Schaden, das wegzubesteuern.

Gleichzeitig gibt der Blick auf die EU auch weitere Denkanstöße für die steuerpolitische Diskussion im Inland. So wird derzeit nur in Frankreich eine Vermögensteuer erhoben. Diese erfasst jedoch nicht Unternehmensanteile. In Großbritannien wird die höchste Grundsteuer in der EU erhoben. Gleichzeitig sind dort Sozialwohnungen von der Grundsteuer befreit.

Ich führe diese beiden Beispiele an, weil von den von einer Vermögensteuer erfassten hiesigen Vermögen von mehr als 2 Millionen Euro 86 % in vermieteten Immobilien und Betriebsvermögen stecken.

Ich könnte sicher noch den einen oder anderen Punkt zu den Themen Europa oder Steuern aufgreifen, aber das würde den Rahmen eines Grußwortes sprengen.

Statt dessen will ich Euch noch von einem Projekt berichten, dass der OWUS-Thüringen zusammen mit dem OWUS-Bayern auf den Weg gebracht hat und für das wir die Unterstützung möglichst vieler Genossinnen und Genossen benötigen.

Das Jahr 2012 wurde von den Vereinten Nationen zum Jahr der Genossenschaften ausgerufen. Gleichzeitig ist das Thema erneuerbare Energien und sozial verträgliche Energiebereitstellung in aller Munde.

Beides war uns Anlaß die Solidarische Energiegenossenschaft Thüringen e. G. – kurz SOLide e. G. zu gründen.

Im Gegensatz zu anderen derzeit medial hochgespielten Projekten soll die SOLide e. G. nicht nur ein Deckmäntelchen für eine letztlich konzernbasierte Energieerzeugung sein. Wir wollen vielmehr mit vielen dezentralen Projekten selbst erneuerbare Energie – und hier meinen wir alle bekannten Erzeugungsarten nicht nur Photovoltaik - dort erzeugen, wo sie auch verbraucht wird.

Dabei wollen wir im Sinne eines regionalen Wirtschaftskreislaufes alle Betroffenen einbeziehen – begonnen bei den einheimischen Herstellern von Energieerzeugungsanlagen über die örtlichen Fachhandwerker bis hin zu den Kommunen und Verbrauchern.

Die Form der Genossenschaft haben wir gewählt um allen diesen Akteuren die Möglichkeit der Mitwirkung zu geben, um ein Stück Wirtschaftsdemokratie - ganz im Sinne der eingangs erwähnten Gemeinwohl-Ökonomie - zu leben.

Gleichzeitig wollen wir auch den Beweis antreten, dass LINKE nicht nur über Wirtschaft reden können, sondern sie auch praktisch und erfolgreich leben können, daß wir nicht nur in Thesenpapieren darstellen, wie die Energiewende sozial verträglich funktionieren kann, sondern es auch praktisch beweisen.

Weiterhin wollen wir belegen, dass wir Thüringer sehr gut in der Lage sind unser Potential bei den erneuerbaren Energien selbst auszuschöpfen und dazu keine Investoren von außerhalb brauchen, die zum Teil nicht mal die Steuern auf die eingefahrenen Gewinne hier bezahlen.

Und schlußendlich sind wir der Überzeugung, dass nicht jeder Ort seine eigene Energiegenossenschaft gründen muß, sondern sich durchaus auch einer bestehenden Genossenschaft anschließen kann.

Ich möchte darum an dieser Stelle alle Thüringer LINKE n zur Mitwirkung bei der SOLide e. G. einladen.

Handeln wir gemeinsam zum Gemeinwohl - aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung.

Gerd Beck

17.11.2012 in Wurzbach